

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 34

Charlottenburg, Freitag, den 21. August 1908

Jahrg. 35



**Sperrren**

Vollsperrren in Deutschland: Cortendorf. Höhr. Lauf. Mannheim. Stogheim.

Halbsperrren in Deutschland: Alexandrintal (Recknagel). Bonn (Mehlem). Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszell. Neuhalbensleben (Hubbe). Deslau. Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolfstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Scheibe. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Stanowitz. Teitau. Triptis.

Sperrren in Oesterreich: Altröhlau (Gottl und Lorenz). Brünn. Linz a. Donau. Mertelsgrün. Prag (für Industrie- und Figurenmaler).

## Gewerkschaftliche Kämpfe 1907.

Das Jahr 1907 stand bereits im Zeichen der Wirtschaftskrisis. In manchen Industrien machte sich schon eine verringerte Arbeitstätigkeit wie ein Abflauen des Arbeitsmarktes bemerkbar, in anderen Industrien und Gewerben kündigte sich die Wirtschaftskrisis erst an, im ganzen aber zeigte sich eine Abwärtsbewegung des Geschäftslebens, besonders in der letzten Hälfte des Jahres. Natürlich war die Geschäftsflaute nicht ganz ohne Einfluß auf die gewerkschaftliche Bewegung und besonders auf die gewerkschaftliche Kampftätigkeit. Das zeigt sich vor allem an einem zunächst allerdings noch geringen Rückgang der Lohnbewegungen und Streiks sowohl nach Zahl wie nach Umfang.

Nach dem soeben heraus gegebenen Bericht der Generalkommission über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907 haben die freien Gewerkschaften im Vorjahr in 8053 Fällen Forderungen an die Unternehmer gestellt, gegen in 8543 Fällen 1906. Von diesen Lohnbewegungen wurden in 12412 (1906 in 14044) Orten insgesamt 56272 (62780) Betriebe mit 1118233 (1260571) Beschäftigten betroffen. Diese Zahlen lassen bereits deutlich den Einfluß der Krisis auf die wirtschaftliche Kampftätigkeit der Gewerkschaften erkennen. Immerhin sind die Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1907 noch bedeutend zahlreicher und umfangreicher als im Jahre 1906.

In 4652 Fällen wurden die Differenzen durch erfolgreiche Unterhandlungen mit den Unternehmern beigelegt, während in 14 Fällen, in denen der Verband der Gemeindearbeiter mit den kommunalen Verwaltungen in Unterhandlungen getreten ist, am Jahreschluß die Verhandlungen nicht zum Abschluß gekommen waren. Insgesamt waren an diesen Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung ihre Erledigung fanden, 525235 Personen beteiligt. Man denke: nicht weniger denn 525235 Personen konnten ihre Forderungen ohne Streiks durchsetzen, dank der moralischen Stärke und des Ansehens ihrer gewerkschaftlichen Organisation.

In 2986 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung oder zur Aussperrung. Während im Jahre 1906 nur 54,1 Prozent der Arbeitskonflikte durch erfolgreiche Unterhandlungen oder durch stillschweigende Zugeständnisse der Unternehmer ihre Erledigung fanden und 45,9 Prozent derselben Arbeitseinstellungen oder Aussperrungen im Gefolge hatten, konnten im letzten Jahre

61,8 Prozent der Differenzfälle ohne Arbeitseinstellung respektive ohne Aussperrung beigelegt werden, so daß nur in 38,2 Prozent aller Konflikte das Mittel des Streiks respektive der Aussperrung in Anwendung kam. Die Zahl der an Streiks und Aussperrungen Beteiligten bleibt denn auch wesentlich hinter derjenigen des Jahres 1906 und noch weit mehr hinter der des Jahres 1905 zurück. Während 1905 insgesamt 507964 Personen an Streiks und Aussperrungen beteiligt waren, betrug die Gesamtzahl der Streikenden und Ausgesperrten im Jahre 1906 nur 316042 und im Jahre 1907 nur 281030.

Angriffstreiks wurden von 48 Gewerkschaften 1721 geführt: beteiligt waren daran 142944 Personen. Es endeten erfolgreich 866 Streiks mit 51344 Beteiligten, teilweise erfolgreich 495 Streiks mit 53006 Beteiligten, erfolglos 270 Streiks mit 35371 Beteiligten und unbekannt 90 Streiks mit 3223 Beteiligten. Diese Streiks erforderten eine Ausgabe von insgesamt 5082221 Mark.

Die von 42 Gewerkschaften geführten 863 Abwehrstreiks verursachten eine Gesamtausgabe von 1134782 Mk. An diesen Streiks beteiligt waren insgesamt 33348 Personen. Erfolgreich beendet wurden 424 Streiks mit 16455 Beteiligten. Teilweisen Erfolg hatten 107 Streiks mit 5466 Beteiligten und erfolglos waren 284 Streiks mit 9588 Beteiligten. Von 48 Abwehrstreiks mit 1839 Beteiligten ist das Resultat unbekannt.

Auch im Jahre 1907, wie in den Vorjahren, war die wirtschaftliche Bewegung der organisierten Arbeiter durch eine Aussperrungsbewegung beeinträchtigt. Die Zahl der Aussperrungen beträgt 402, und nicht weniger denn 104738 Personen wurden davon betroffen. Daß dieses bei den Scharfmachern so beliebte Kampfmittel den Arbeitern dank ihrer guten Organisation in vielen Fällen sogar noch Erfolge bringt, klingt wie ein schlechter Scherz auf die Unternehmerbewegung, aber es ist Tatsache: 108 Aussperrungen mit 19227 Beteiligten waren für die Arbeiter erfolgreich, 135 Aussperrungen mit 46196 Beteiligten waren teilweise erfolgreich und nur 112 Aussperrungen mit 27553 Beteiligten hatten keinen Erfolg; 14 Aussperrungen mit 10803 Beteiligten waren am Schluß des Jahres nicht beendet. Von 33 Aussperrungen mit zusammen 959 Beteiligten ist das Resultat unbekannt. Von den Aussperrungen betroffen wurden 37 Organisationen.

Die Gesamtausgaben für die Aussperrungen des Jahres 1907 betragen 6147079 Mk. Es ist dies die bisher größte Summe, welche die deutschen Gewerkschaften in einem Jahre für die Aussperrungen aufzuwenden hatten. Im Jahre 1900 betrug die Jahresausgabe der Gewerkschaften für Aussperrungen 600493 Mk.; 1901 kosteten die Aussperrungen den Gewerkschaften nur 283576 Mk. und 1902 nur 308023 Mark. 1903 stiegen die Aufwendungen der Gewerkschaften für Aussperrungen auf mehr als 1 3/4 Millionen, um im Jahre 1905 die Höhe von 4193250 Mk. zu erreichen, und 1906 erforderten die Aussperrungen bereits die Summe von 5315079 Mk.

Ihren Zweck, die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Organisation, haben die Unternehmer mit der Aussperrungstaktik nicht erreicht, trotz der äußerst günstigen Position, in der sie sich infolge der schlechten Konjunktur und der großen Arbeitslosigkeit befanden. Die Gewerkschaften haben sich dem Ansturm in jeder Beziehung gewachsen gezeigt. Das Resultat der Aussperrungen ist für die Arbeiter durchaus nicht ungünstiger als in den vorhergehenden Jahren. Von den 402 Aussperrungen

hatten 243 = 60 Prozent und von den Beteiligten hatten 62 Prozent vollen oder teilweisen Erfolg.

Trotz dieser enormen Inanspruchnahme durch die Aussperrungen haben die Gewerkschaften doch im letzten Jahre noch, wie der vorstehende Ueberblick zeigt, eine großzügige Lohn- und Streikbewegung durchführen können. Die Gesamtkosten der Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen betragen im letzten Jahre 12 533 561 Mt., blieben also um 918 157 Mt. gegen das Vorjahr zurück und sind um 1 534 428 Mt. höher als im Jahre 1905.

Die Erfolge der letztjährigen Lohn- und Streikbewegungen sind ebenfalls sehr respectable — trotz der zahlreichen Aussperrungen und der Krise. Es wurden durch Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im ganzen erreicht:

Arbeitszeitverkürzung für 248 911 Personen, zusammen 912 660 Stunden pro Woche und

Lohnerhöhung für 513 213 Personen, zusammen 992 695 Mt. pro Woche. Ferner

Lohnaufschlag für Ueberstunden in 1884 Fällen,  
Lohnaufschlag für Nacht- und Sonntagsarbeit in 1374 Fällen,

Beseitigung der Akkordarbeit in 75 Fällen,  
Verbesserung der Fabrik- beziehungsweise Bau- oder Werkstattordnung in 38 Fällen,

Maßregelungen wurden abgewehrt in 170 Fällen, und sonstiges erreicht in 1837 Fällen.

Korporative Arbeitsverträge wurden in 2339 Fällen für insgesamt 272 046 Arbeiter und Arbeiterinnen abgeschlossen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit beträgt durchschnittlich für jeden Beteiligten  $3\frac{2}{3}$  Stunden pro Woche gegen  $3\frac{1}{4}$  Stunden in den beiden vorhergehenden Jahren. In einigen Fällen wurden ganz beträchtliche Arbeitszeitverkürzungen erzielt. So wurde für 71 Personen eine Verkürzung der Arbeitszeit von je 30 Stunden pro Woche herbei geführt. Eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit von mehr als neun Stunden erreichten insgesamt 4598 Personen.

Auf diese Erfolge können die Gewerkschaften stolz sein; denn sie sind erkämpft worden im Angesicht einer Aussperrungsbewegung und unter dem Einfluß der heranbrechenden Krise. In solchen Zeiten fiel es früher den Gewerkschaften schwer, die bestehenden Arbeitsverhältnisse auch nur zu verteidigen und zu erhalten. Wenn die Gewerkschaften im Jahre 1907 die Schläge der Unternehmer in den weitaus meisten Fällen abwehren und sogar noch für eine Viertelmillion Arbeiter Arbeitszeitverkürzungen von  $3\frac{2}{3}$  Stunden, für eine mehr denn eine halbe Million Arbeiter eine Lohnerhöhung von durchschnittlich 1,93 Mt. durchführen konnten, so sind das Erfolge, die so leicht nicht zu übertreffen sind. Erfolge, die die Arbeitskollegen besser wie alle Agitationsreden und -schriften von der Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugen mußten.

## Verbands-Angelegenheiten

### Aus Mitgliederkreisen.

Auch ich sehe mich veranlaßt, einige Zeilen über das Verhalten einiger Mitglieder den Generalversammlungsbeschlüssen gegenüber zu schreiben.

Schon auf der Generalversammlung konnte man die Wahrnehmung machen, daß einzelne Delegierte in betreff der Ziele der Gewerkschaften so gut wie gar keine Kenntnis hatten. Es ergab sich dieses alles aus der Diskussion. In derselben wurde speziell vom Kollegen Ahmus-Spandau in der kleinlichsten Art und Weise über alles Nebensächliche, nur nicht über schwerwiegende Punkte gesprochen. Wenn man sich nur die Ausführungen, die Ahmus über das Tun und Lassen des Genossen Zietsch machte, vor Augen hält, so kann man sich ein Bild davon machen, wie sich die Welt im Kopfe dieses Genossen spiegeln muß.

Die Befürchtung, die mir schon auf der Generalversammlung kam, ist tatsächlich eingetreten. Anstatt nun die mit großer Mehrheit angenommenen Anträge zu vertreten und in der Berichterstattung die Mitglieder aufzuklären, benutzt man die Berichterstattung dazu, an den Beschlüssen der Generalversammlung herum zu tabeln. Ich war ebenfalls nicht für Alles, was Annahme gefunden hat, aber das gibt laut unseren Prinzipien mir noch lange nicht das Recht, nun einen allgemeinen Sturm dagegen in Szene zu setzen. Wo sollte dieses dann hinführen? Wäre es da überhaupt möglich für die Allgemeinheit gültige Normen zu schaffen?

Ich schließe mich vollständig den Ausführungen des Genossen Jaak in Nr. 32 der „Ameise“ an und füge nur noch hinzu, daß, wer ein offenes Auge und Ohr auf der Generalversammlung gehabt hat, konnte schon auf dieser die Wahrnehmung machen, in welchen Zahlstellen nach der Generalversammlung der Standal los gehen würde. Und es ist wirklich ein Standal!

Karl Fehst-Fürstberg.

### Erwiderung!

Die letzten Artikel in der Ameise, von den Genossen Frischmuth, Zietsch und Jaak, unterstellten mir Handlungen, welche der Wahrheit direkt ins Gesicht schlagen und sehe ich mich genötigt, hiergegen scharf zu protestieren.

Frischmuth und Zietsch verdächtigen mich, als wäre ich der Einbringer des Antrages Spandau, während Jaak schon einen Schritt weiter geht, indem er schreibt: In Spandau verlangte der Delegierte Ahmus eine außerordentliche Generalversammlung usw. Ich fordere hiermit die drei Genossen auf, den Wahrheitsbeweis für diese unwahren Behauptungen gegen mich, in der nächsten Nummer der Ameise anzutreten. Nachdem dies geschehen, werde ich die Handlung derselben beim richtigen Namen nennen. Auch wenn ich der Antragsteller wäre, würde dies die Anwürfe des Genossen Jaak gegen meine Person nicht rechtfertigen. Der ganze Artikel Jaak zeigt den Mitgliedern, wo in Wirklichkeit der geistige Tiefstand zu suchen wäre, den er selbst beklagt. Laut Statut bin ich als Vorsitzender verpflichtet, in Gemeinschaft mit den übrigen Verwaltungsmitgliedern die gefaßten Beschlüsse der Zahlstelle zur Geltung zu bringen, — wenn dieselben nicht gegen das Statut verstoßen. Weil ich nun diese meine Pflicht erfüllt habe, fällt man über mich in dieser schollen Weise als Einzelner her. Tut man denn wo anders die Mitglieder zu Meinungskulis machen? Ich für meine Person ver-schmähe es. Außerdem wird mir verübelt, daß meine Berichterstattung von der Generalversammlung der Wahrheit entsprechend war. Auch der Genosse Herden hat dies in Charlottenburg mir gegenüber getan, indem er sagte, wenn alle Delegierte so berichten, dann brauche man sich nicht zu wundern, daß die Mitglieder erregt werden. Auf eine diesbezügliche Frage von mir konnte er aber nicht sagen, was ich falsch gesagt hätte. Also falsch berichten, — zum mindesten rosig gefärbte Berichte sollte ich geben. Zum Beweise, daß es aber nicht an meiner Berichterstattung lag, indem die Mitglieder auch dort sehr aufgeregt waren, — führe ich die beiden Genossen Herden und Schneider an, welche in der ersten Zahlstellenversammlung in Charlottenburg, welche nach der Generalversammlung stattfand, anwesend waren, noch erregter verlief, ich aber den Bericht noch nicht gegeben hatte. Also liegt die Grundursache doch wohl wo anders. Auch die übrigen Anwürfe des Genossen Jaak stehen auf demselben geistigen Niveau. Zu den Leuten kann ich mich nun nicht rechnen, die nach Jaak — „erst die Nase in unsere Bewegung gesteckt hätten“. Auch die übrigen Mitglieder hier werden dies nicht auf ihre Person beziehen wollen; denn es sind einige dabei, die schon organisiert waren, ehe Jaak die ersten Hosen kriegte. Aber auch diese stimmten geschlossen für unseren Antrag. Also muß doch wohl dem Antrag Spandau mehr als kindlicher Uebermut zu Grunde liegen. Genosse Jaak jongliert in seinem Erguß so viel mit dem Reichsverband. Ich bin aber der festen Ueberzeugung, daß die, — einen der Ihrigen — wenn er mal anderer Meinung ist, — nicht so gehässig herunter reißen, wie es der Genosse Jaak mir gegenüber getan hat. Auch kann derselbe es nicht begreifen, woher die große Erregung in den Mitgliederkreisen rührt! Wieder soll der Reichsverband schuld sein. Ja, Genosse Jaak, gehört denn zu dieser Lösung so viel Logik? Bei ihrer geistigen Höhe! Daß ich in vielen Fragen mit Jaak nicht übereinstimme, ist nicht meine Schuld, trotzdem auch ich für mich in Anspruch nehme, stets die Interessen der Mitglieder wahr genommen zu haben. Zum Beispiel sagte Jaak auf der Generalversammlung: „Daß uns noch zu viel von dem Hirsch-Dunderschen Unterstützungswesen anhänge.“ Ob die Fraktion Jaak es jemals erleben wird, daß Mitglieder ohne Gegenseitigkeit tüchtig Beiträge bezahlen werden — nur — um als organisiert zu gelten, bezweifle ich. Dagegen ist die Fraktion Ahmus der Ansicht, daß man die Unterstützungssache so hoch wie möglich ansetzen muß, um die Mitglieder davor zu bewahren, — aus Not Verräter an der eigenen Organisation zu werden. Dem Genossen Jaak fällt es selbstverständlich nicht schwer, bei seinem gefunden Aussehen und sicherer Stellung, den Mitgliedern Entfugung zu predigen. Nur fehlte noch, daß er dieselben auf's „Jenseits“ vertröstet. Wenn außerdem der Genosse Jaak meint, eine manchmal zu scharfe Kritik und die Einkerzung einer zweiten Generalversammlung könnte eine Organisation zer-

trümmern, so wird derselbe für seine Ansicht wohl wenig Anhänger finden. Denn der Verband der Dachdecker lebt noch, trotzdem er dies Verbrechen begangen hat. Eher geht ein Verband zurück, wo von einem Grüppchen versucht wird, die Meinung der Mitglieder zu unterdrücken, und dem Verband nicht dienliche Beschlüsse aufgehoben werden. Alle die anderen Argumente des Genossen Jaak zu widerlegen, getraue ich mich nicht, weil ich die Scheere des Genossen Zietsch fürchte. Nur das eine möchte ich noch betonen, daß es außer dem Genossen Jaak noch Mitglieder gibt, die auch das nötige Quantum Gehirnschmalz haben, um zu unterscheiden, was Spiegelfechtereie oder Wirklichkeit ist. Meiner Meinung nach hätte der Redakteur den Artikel des „Arbeitssekretärs“ Jaak auch mit der Randglosse: „Niedriger hängen“ versehen können. Nachdem der Genosse Zietsch in seinem Artikel nachgewiesen, daß eine außerordentliche Generalversammlung überflüssig ist, weil alle die Gründe, welche unsere Zahlstelle hierfür anführte, nicht stichhaltig wären, wird nun auch wohl die uns nötige Ruhe in unsere Reihen einkehren! Oder etwa nicht? Ich habe als Delegierter zwar die Verhandlungen der Generalversammlung mit dem größten Interesse verfolgt, aber von einem Beschluß, daß die Zahlstellenverwaltungen die Beitragshöhe der Mitglieder festsetzen, ist mir nichts bekannt. Ist die Behauptung des Genossen Zietsch nur ein Bluff oder Unterkenntnis? Mag die ganze Angelegenheit betreffs einer zweiten Generalversammlung nun verlaufen wie sie will, mein persönliches Interesse hieran war nie so groß, — um auch nur eine halbe Bogenseite hierfür zu schreiben. Die hiesige Zahlstelle als solche kann von sich sagen, daß sie nicht den hundertsten Teil für die Annahme ihres Antrages geschrieben hat, als wie bisher schon dagegen geschrieben worden ist. Aber niemand wird in der Lage sein, behaupten zu können, daß wir auch nur versucht hätten, in irgend einer Zahlstelle für unseren Antrag Stimmung zu machen. Es war nur lediglich eine Anfrage wegen Unterstützung. Dagegen haben sich bis jetzt die paar Gegner schon Blößen gegeben, daß wohl ruhig denkende Mitglieder eigentümliche Gefühle beschleichen müssen. Aus diesen meinen Ausführungen werden die Genossen allerorts wohl sehen, auf welcher schwachen Füßen die Verdächtigungen der drei Artikelschreiber beruhen, mich als den Arrangeur des Antrages Spandau und — Querkopf hinzustellen.

Spandau, den 7. August.

Wilh. Ahmus

**Anmerkung:** Wenn sich der Kollege Ahmus in den vorstehenden Zeilen über die persönlichen Angriffe, denen er ausgesetzt gewesen sei, beklagt, so hätte er gut getan, nicht in denselben Fehler gegen andere zu verfallen. Und was insbesondere die von ihm gebrauchten Redewendungen gegen den Genossen Jaak anbetrifft, so hat Ahmus sich als ein sehr schlechter Anstandslehrer bewiesen. — Im Interesse einer sachlichen Diskussion wünschte ich aber, die debattierenden Genossen hielten sich künftig mehr an der Sache als an persönlichen Herunterreißereien.

Im übrigen komme ich der Aufforderung des Kollegen Ahmus nach einigen Erklärungen gern nach. Voraus schicken muß ich jedoch dabei, daß Ahmus die von ihm beanstandeten Artikel in recht nervöser Stimmung gelesen haben muß. Im anderen Falle hätte er gefunden, daß ihm weder der Genosse Frischmuth noch ich den Vorwurf gemacht haben, der Verursacher des Antrages Spandau, bezgl. der Einberufung der Extra-Generalversammlung, gewesen zu sein. In meinem Artikel in Nr. 32 der „Ameise“ heißt es in bezug auf diese Stelle: „Auf der letzten Generalversammlung gab der Delegierte von Spandau, der wohl jenem Antrag und seiner Begründung nicht so fern steht.“ . . . Also kein Wort davon, daß Ahmus der Antragsteller für die Einberufung der Extra-Generalversammlung wäre. Für mich handelte es sich in erster Linie um den Antrag 2 von Spandau. Und daß Ahmus jenen in Nr. 31 der „Ameise“ wiedergegebenen Anträgen der Zahlstelle Spandau nicht fern steht, beweist wohl am besten, daß jene Anträge nebst Begründung von Ahmus geschrieben waren. Und nicht nur geschrieben, sondern die Art und Weise des Ausdrucks jener Anträge und ihrer Begründungen lassen mich darauf schließen, daß Ahmus auch geistig an diesen Anträgen und ihren Begründungen mit gearbeitet hat. — Nun regt sich Ahmus wegen des Vorwurfs der Mitarbeit an diesen Anträgen so ungemein auf und behauptet doch im gleichen Atemzuge, damit nur seine Pflicht als Zahlstellen-Vorsitzender erfüllt zu haben. Warum also die Aufregung? Aber es ist verständlich, wenn man in einer Kommission der Generalversammlung den Berichterstatter derselben aufforderte, nun auch allen Beschlüssen dieser Kommission zur Annahme zu verhelfen und wenn man dann nachher auch wieder gegen diese Beschlüsse ist, so kann

das nur höchst sonderbar wirken. Gewiß, Ahmus ist Zahlstellen-Vorsitzender. Aber er war doch auch Delegierter. Und auch als solcher hatte er gewisse Pflichten, die er sich durch seine Aufforderung an Genossen Frischmuth noch freiwillig erweiterte. So bedauerndwert also Kollege Ahmus auch als Opfer des Zwiespalts als Zahlstellen-Vorsitzender und Generalversammlungs-Delegierter ist, so wenig wird ihm das Abschwören seiner Mitvaterschaft an den Anträgen Spandaus etwas helfen. Wenn es zutrifft, daß, wie Ahmus am Schlusse seiner Zeilen behauptet, er selbst ein geringes Interesse an dem Zustandekommen einer Extra-Generalversammlung hat, so müßte es dem Kollegen Ahmus doch ein Leichtes sein, nachweisen zu können, daß er niemals — weder in Spandau noch sonst in einer Zahlstelle — für die Einberufung einer Extra-Generalversammlung gesprochen hat. Kollege Ahmus kann vielleicht auch nachweisen, daß er gegen die Veranstaltung einer Extra-Generalversammlung tätig war? Das würde ihn sicherlich viel mehr als ungerecht Behandelten erscheinen lassen, als sein Zurückziehen hinter Nebensächlichkeiten, die für den Kern der Sache gar nicht in Frage kommen.

Ueberhaupt vermeidet es der Kollege Ahmus sorgsam, auf die den Anträgen Spandaus entgegen gestellten sachlichen Bedenken einzugehen, so daß sich eine weitere Diskussion mit Ahmus darüber nicht lohnt.

Aber über eine Unterkenntnis seinerseits möchte ich dem Kollegen Ahmus noch Aufklärung geben. Es handelt sich um das Recht der Zahlstellenverwaltungen, künftig die Beitragshöhe der Mitglieder selbst bestimmen zu können. Ahmus glaubt, ich wollte ihn und die Mitglieder damit „bluffen“ und in seiner von mir stets anerkannten Bescheidenheit hielt er diese angeblich falsche Behauptung meiner Unterkenntnis zu gute. „Denn“, so sagt Ahmus, „ich habe als Delegierter die Verhandlungen der Generalversammlung mit dem größten Interesse verfolgt.“ Nun aber darf ich die milde Rücksicht des Kollegen Ahmus auf meine Unterkenntnis nicht gelten lassen. Doch die kollegiale Nachsicht von Ahmus erkenne ich an, sie wird nun auch dem Kollegen Ahmus selbst zu gute kommen. Fest steht, daß man eben trotz des größten Interesses, mit dem man den Debatten auf der Generalversammlung zuhörte, manche sehr wichtige Sache überhören konnte. So ging es auch Ahmus. Ich weiß, Ahmus hatte den Kopf gerade voll genug von den verschiedenen Aufträgen und Anregungen, welche ihm von seinen Wählern für die Generalversammlung mit gegeben waren. Das kann ohne weiteres als triftige Entschuldigung dafür gelten, daß Kollege Ahmus schon in den Debatten über den Vorstandsbericht die Klagen über die Aufhebung der Zwangsversicherung in der Praxis vermied. Es zog sich ja bei der Begründung des Vorstandsantrages wie ein roter Faden der Hinweis auf die durch die Mitgliederabstimmung vom April 1907 praktisch aufgehobene Zwangsversicherung. Das mußte ja auch jedem Mitglied klar sein, daß mit jener Abstimmung die Zwangsversicherung aufgehoben war. Der Vorstand machte nach dieser Abstimmung auch keinen Versuch mehr, die Mitglieder zur Entrichtung entsprechender Klassenbeiträge anzuhalten. Auch die Generalversammlung änderte an diesem Zustand nichts. Es war daher nur eine konsequente, aus den langen und allgemein bekannten Verhältnissen gegebene Schlußfolgerung, wenn Genosse Wollmann vor der Abstimmung über die Anträge der Dreizehner-Kommission auf der Generalversammlung erklärte: „Daß die Beitragsfestsetzung den Zahlstellen überlassen bleibt, d. h. die Zwangsversicherung bleibt bestehen, aber es ist Sache der Zahlstellen allein, zu untersuchen, ob die Mitglieder ihrer Pflicht nachkommen. Der Hauptvorstand kann sich damit nicht mehr befassen.“ Das ist zu lesen auf der Seite 148 des Protokolls Absatz 6, 3. bis 7. Zeile. Es besagt nichts anderes, als das, weil die Generalversammlung die Zwangsversicherung nicht aufgehoben hat, sie auch noch formell anerkannt werden muß. Da aber die Mitglieder sie in der Praxis abgelehnt haben, bleibt es den Zahlstellen, dort wo sie aufrecht erhalten werden kann, überlassen, sie durch zu führen. Der Vorstand kann sich um die Beitrags-Festsetzung nicht mehr kümmern. Von der Generalversammlung wurde das für so selbstverständlich gehalten, daß sich die Delegierten mit dieser Erklärung Wollmanns vollkommen begnügten.

Das alles aber weiß Ahmus nicht, davon hat er nichts gehört, trotz seines großen Interesses an den Verhandlungen der Generalversammlung. Aber ich glaube ihm, es kann ihm entgangen sein, sein großes Interesse wird sich auf ganz andere Dinge konzentriert haben. Doch, was Ahmus auf der Generalversammlung überhörte, konnte er acht Tage darauf in der

„Ameise“ lesen; denn im zweiten Bericht des Organs über die Generalversammlung, in Nr. 25 vom 18. Juni, heißt es: „Die Festsetzung der Beiträge für die einzelnen Mitglieder wird durch die Zahlstellenverwaltungen vorgenommen.“

Damit will ich schließen, da sicher aus dem Gesagten allein zur Genüge hervor geht, daß es selbst für den Delegierten Ahmus ratsam gewesen wäre, er hätte die Mahnung des Vorstandes in Nr. 31 der „Ameise“ befolgt und erst dann Bericht erstattet, wenn ihm das Protokoll helfend zur Seite stehen konnte. Zum mindesten hätte Kollege Ahmus vorher die „Ameise“ lesen können.

Er hätte dann mit seiner Unkenntnis über eine für die Mitglieder sehr wichtige Frage von der Generalversammlung die Kollegen nicht zu „bluffen“ brauchen. F. Stetsch.

### Zum „Entrüstungsturm“ in Mitgliederkreisen!

Wurde vor der Generalversammlung der Raum der „Ameise“ von nicht wenigen unserer Verbandsgenossen in Anspruch genommen, zwecks Veröffentlichung ihrer Ansichten über Bestehendes beziehungsweise neu Einzuführendes in unserem Verbands, in der Absicht, den Delegierten Fingerzeige zu geben, etwa Brauchbares zu verwerten resp. Verbesserungsbedürftiges in unserem Statut der Zeit und den Verhältnissen entsprechend um zu gestalten, so scheint doch nicht weniger notwendig zu sein, auch jetzt zur Feder zu greifen. Werden doch die Generalversammlung und der Vorstand jetzt wegen der gefaßten Beschlüsse über alle Maßen angegriffen und sogar beschimpft.

Was ist denn nun eigentlich beschlossen worden auf dieser Generalversammlung, daß man sie als ein wahres Scheusal und als einen Ausbund der Schlechtigkeit öffentlich brandmarkt?

Diese Frage wird sich jeder vom modernen Geiste der Gewerkschaftsbewegung beseelte Arbeiter leicht beantworten können, nämlich: Die Delegierten taten auf dieser Generalversammlung einen bedeutenden Schritt vorwärts, während die Mitglieder, (oder sollten es in den Zahlstellen gar nur einige Schreier sein?!) den mittelalterlichen Zopf weiter tragen wollen.

Einzig und allein diese Tatsache ist es, welche dieses traurige Chaos, welches jetzt in jeder Nummer der „Ameise“ zu Tage tritt, verursacht hat. Meiner Ansicht nach opponieren die Zahlstellen, mit wenigen Ausnahmen, gegen alle Beschlüsse der Generalversammlung und nur zum Schein hebt man die Beschlüsse betreffs die Neuregelung der Beiträge respektive der Beitragsstufen, die Mitgliederabstimmungen und die Regelung der Gehälter der Verbandsbeamten hervor. Bevor ich zur Besprechung dieser Beschlüsse übergehe, sei mir gestattet, einige Worte über die abfällige Kritik über die Delegierten durch einzelne Zahlstellen in der Ameise zu verlieren.

Wenn behauptet wird, die Delegierten der letzten Generalversammlung seien zu einem Fünftel Gewerkschafts- und Konsumvereinsbeamten gewesen, so erkläre ich hiermit, daß entweder die betreffenden Mitglieder in unverantwortlicher Weise von ihren Delegierten falsch berichtet worden sind oder sie haben die Absicht, den Delegierten zu unterstellen, sie haben ihre Beschlüsse wider besseres Wissen, dem Drucke jener Genossen, welche „unser Los nicht teilen“ gehorchend, gefaßt, wie ja auch wohl die Auslassungen „nicht bei Verstand gewesen“ usw., beweisen. Mir persönlich sind die sehr ehrenwerten Genossen Josef Seelmann-Kronach und Fritz Jaach-Pforzheim als Arbeitersekretäre bekannt und ich will hiermit öffentlich feststellen, daß die Mandatgeber dieser beiden Genossen wohl daran getan haben, ihr Vertrauen in die Hände dieser beiden Kollegen zu legen. Waren doch beide, ein jeder nach seiner Art, auf dieser Versammlung bestrebt, die Interessen des Verbandes, also die der Mitglieder zu fördern, und keiner der mittägenden Kollegen hat bei den Beratungen bemerkt, ob diese beiden sich als „etwas Besseres“ benommen hätten oder, daß sie nicht „unser Los teilen“. Gerade ihr weit-schauender Blick in der Arbeiterbewegung, in Verbindung mit reichem Wissen in dieser sowohl, als auch in vielen anderen Beziehungen, und vor allen Dingen ihr ehrliches, festes Wollen, die, infolge ihres traurigen Indifferentismus ein menschenunwürdiges Dasein fristenden Arbeitsklaven auf ein höheres geistiges und wirtschaftliches Niveau zu heben, ist es, daß sie von ihren Kollegen mit solchen Missionen betraut wurden und daß sie sich überhaupt in „gehobener Stellung“ befinden. Aber ihnen Verständnislosigkeit bezüglich dessen, was die Kollegen allerorten drückt, vorzuwerfen beziehungsweise den betreffenden Mitgliedern Vorschriften zu machen, wenn sie delegieren sollen, zeugt entweder von Unkenntnis der Dinge, oder von schlechtem Willen; übrigens gibt es in unserem Verbands nur gleichberechtigte Mitglieder und könnte man ja, wollte man der schlechten Logik der betreffenden Kollegen folgen, dem Verbandsvorstande das Recht verweigern, mit an den Beratungen teil zu nehmen, da er ja wohl

nach dieser Logik „unser Los auch nicht teilt.“ Oder sollte ihm wohl gar ein noch schlechteres Los wie das unsere beschieden sein? — Fast scheint es so! Denn es erscheint mir ausgeschlossen, daß ein Unternehmer einen Angestellten seines Betriebes, welcher, wie unsere Verbandsbeamten, durch Einsetzung ihrer ganzen Kraft für die Interessen der Mitglieder, beinahe ein halbes Menschenalter sich in die Schanzen schlugen, für sein Geschäft tätig war, dann zum Danke dafür mit derartigen Anwürfen und Berunglimpfungen wie unsere Beamten bedacht werden, belohnen würde. Wahrlich ein schöner Dank!

Wenn nun etliche Zahlstellen sich sehr liebenswürdig aussprechen, daß sie den Delegierten für diese Beschlüsse keinen Dank schulden, so stimme ich dem zu und bemerke, daß die Delegierten gar keinen Dank verlangen, weil sie es als ihre Pflicht erachteten, das Verbandswohl zu fördern und nicht, wie verschiedene Mitglieder es ihnen unterstellen, aus purer Schlechtigkeit und um die Mitglieder zu schädigen und sie aus dem Verbands hinaus zu treiben, ihre Beschlüsse gefaßt haben. Daß nun verschiedene Delegierte „die Stirn“ hatten, zu deutsch gesagt: so frech waren nicht im Sinne der langwiesener Kollegen zu votieren, war ihr gutes Recht, gestärkt durch ihre unumstößliche Meinung. Und ich gestatte mir die Behauptung, daß diese Delegierten eben so gut auf den Ausbau des Verbandes bedacht waren wie die Mehrheit der langwiesener Versammlung. Bemerken will ich noch, daß gerade die thüringer Mitglieder alle Ursache hätten, sich mit diesen Beschlüssen einverstanden zu erklären; sind sie doch geeignet, wie schon hervorgehoben, die Aktionsfähigkeit des Verbandes zu heben, folglich den wohl am schlechtesten gestellten Porzellanarbeitern Deutschlands, eben den Thüringern, ihr Dasein einigermaßen erträglicher zu gestalten. Sollte es wirklich nur Zufall sein, daß die süddeutschen Genossen deshalb nicht voll befriedigt waren von dem Resultat der Generalversammlung, weil ihnen die Beschlüsse nicht weit genug gingen? Ist es Schlechtigkeit von ihnen oder das Bewußtsein, daß „wer sich durch's Leben frisch will schlagen, der muß zu Schutz und Trug gerüstet sein“? Ich behaupte das letztere. Es mutet einen, wenn man die Berichte von Pforzheim, Mannheim usw. liest, an, als erblickte man inmitten dieser unendlichen Wüstenei und Wirrnis eine frische, grünende Oase. Aus diesen Berichten spricht vornehm moderner Wille und die Erkenntnis, daß ein sich modern nennender Arbeiter nicht still stehen darf, sondern mit der Zeit schreiten muß. Thüringen nimmt also fast ausnahmslos den traurigen Ruhm für sich in Anspruch „Mehr Licht“ zu beanspruchen, trotz Gauleiter und Arbeitersekretär in Großbreitenbach, welcher ja bekanntlich von unseren Mitgliedern in Thüringen, trotzdem er eben nur Arbeitersekretär ist und nach Ansicht der thüringer Kollegen „nicht unser Los teilt“, sehr viel um Rat gefragt wird, obgleich er nicht einmal Berufskollege ist. (Siehe Kaghütte, Großbreitenbach zc. auf der Generalversammlung). Zu dem „Berichte“ von Königsee ein Wort zu verlieren, hieße Gulen nach Athen tragen, nur sei bemerkt, daß diese rüpelhaften Berunglimpfungen dorthin zurück prallen, von wo sie aus gehen, und das „Niedriger hängen“ halte auch ich für am Platze.

Wenn nun schließlich von verschiedenen Zahlstellen gesagt wird, „die Versammlung hätte sich zu viel mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt und hätte deshalb für andere wichtigere Sachen keine Zeit übrig behalten“, so muß ich erklären, und das demnächst erscheinende Protokoll wird dieses bestätigen, daß diese Ansicht eine irrige ist und nur auf Vermutungen oder falscher Berichterstattung beruhen kann. Obgleich die Verschmelzungsfrage in Verbindung mit der Finanzreform der eigentliche Brennpunkt der Generalversammlung war, ist doch an keinem Verhandlungsgegenstande mehr Zeit angewendet worden, als es erforderlich und zweckdienlich war.

Dem Genossen Ahmus-Spandau möchte ich sagen, daß ich ihn ob seines Beginnens nicht beneide, indem er das gefährliche Spiel seiner dortigen Genossen dadurch unterstützt, daß er alles dort sich Abspielende mit seinem Namen deckt, anstatt als Delegierter und Mitglied der Dreizehner-Kommission die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit zu üben, dafür zu sorgen, daß die von ihm mitgefaßten Beschlüsse hoch gehalten würden. Ich nenne es nicht Mut und vornehme Gesinnung ein derartiges Spiel zu treiben. Soviel im Allgemeinen! Und nun zu den Beschlüssen.

### Zunächst die Finanzreform.

Einzelne Zahlstellen möchten am liebsten mehr Unterstützung haben und die Beiträge herab gesetzt wissen; andere wollten es bei dem bisherigen Zustand belassen, wieder andere sind schon etwas freigiebiger, sie wollen die Beiträge erhöhen, aber nur nicht so wie es die Gesundung der Verbandskasse erheißt und sofort wollten sich nun die Delegierten, nachdem sie den Rassenbericht des Verbandskassierers entgegen genommen hatten, welcher ja wohl bei allen Delegierten ein Gefühl auslöste, welches man

ganz anders als Freude nennt, von all diesen Ansichten beziehungsweise Wünschen leiten lassen, so würde sicherlich an alles andere, nur nicht an eine Sanierung unsere Klassenverhältnisse zu denken gewesen sein. Zunächst mußte hier einmal an die Verschmelzung mit den Töpfern und Glasarbeitern zu einem Verbandsverbande gedacht werden, damit, wenn diese spruchreif geworden ist, (und dies kann in nicht allzu ferner Zeit geschehen; denn die Verhältnisse drängen mit eiserner Notwendigkeit dahin), nicht die Porzellanarbeiter mit ihren Beitragsfäden und -Klassen, sowie ihren Unterstützungseinrichtungen das Hindernis sind, welches die endgültige Lösung dieser Frage in weite Ferne rückt. Bekanntlich zahlen die Angehörigen beider Verbände fast eben so hohe Beiträge, wohingegen sie ganz bedeutend niedrigere Unterstützungssätze haben. Und ich will nicht unterlassen zu bemerken, daß, nachdem die Generalversammlung den Vorschlag der Dreizehner-Kommission, die Festsetzung der Beiträge zc. betreffend zum Beschluß erhoben hatte, der Genosse Drunzel als Vertreter der Töpfer erklärte, daß auf Grund dieses einzigen Beschlusses nunmehr der Verschmelzung die Wege geebnet seien. In ähnlichem Sinne äußerte sich der Genosse Girbig als Vertreter der Glasarbeiter. Ob jedoch deren Mitglieder, nachdem sie sehen, daß die Porzellanarbeiter dieser Beschlüsse halber ihre Delegierten in dieser Weise „kritikalisieren“, gewillt sind, sich mit uns zur tatkräftigeren und nachdrücklicheren Vertretung unserer gemeinsamen Interessen zu vereinigen, steht auf einem anderen Blatte; ich möchte es billig bezweifeln. Und wie sehen denn nun diese Beschlüsse näher betrachtet in Wirklichkeit aus? Genosse Herden klagte viel über die vielen Klassen, und alle Mitglieder der Kommission und des Plenums erkannten die Berechtigung dieser Klagen an. Maßgebend also waren folgende Gesichtspunkte für die Finanzreform: Weniger Klassen; Erhöhung der Beiträge dergestalt, daß für die Dauer eine Kassentalamität wie die jetzige ausgeschlossen ist und Regelung der Unterstützungssätze unter Berücksichtigung des Entgegenkommens der in Frage kommenden Berufsverbände zwecks Verschmelzung zu einem Industrie-Verband. Mir persönlich schwebte bei den Kommissionsberatungen in bezug der Beitragsfestsetzung als Ideal vor: Entsprechende Einteilung in Lohnklassen, prozentuale Erhebung der Beiträge, vielleicht 2 pSt. des Verdienstes und dementsprechende Zahlung von Arbeitslosenunterstützung, vielleicht 60 pSt. des Verdienstes. Diese Einrichtung wäre meines Erachtens nach gerecht gewesen. Ich habe mich aber auch überzeugen lassen, daß die gefaßten Beschlüsse vorläufig das Richtige getroffen haben.

Heute bestehen bekanntlich in unserem Verband 6 Beitragsklassen und zwar: bei einem Durchschnittsverdienst bis zu

8 Mk.	10 Pfg.	Beitrag gleich	1 1/4 pSt. des Verdienstes
12	20	"	1 2/3 " " "
15	30	"	2 " " "
18	35	"	knapp 2 " " "
21	40	"	2 " " "
24	45	"	2 " " "

Unterstützung erhielten die Mitglieder außer den bekannten Unterstützungen, welche nach den neuen Beschlüssen in ihrer bisherigen vollen Form auch bestehen bleiben sollen:

In Klasse 1	4 Mk.	gleich	50 pSt. des Verdienstes
"	2	6	50 " " "
"	3	8	53 " " "
"	4	10	55 " " "
"	5	12	57 " " "
und in	6	14	58 " " "

Nach dem neuen Regulativ stellen sich die Beitrags- bzw. Unterstützungssätze wie folgt:

Klasse 1	Verdienst 8 Mk.	Beitrag 15 Pfg.	gleich knapp 2 pSt.
"	2	12	30 " " " 2 1/2 "
"	3	18	45 " " " 2 1/2 "
"	4	über 18	60 " " " 2 1/2 "

Unterstützung soll gewährt werden:	Klasse 1	4 Mk.	gleich	50 pSt. vom Verdienst
"	2	7	"	58 " " "
"	3	11	"	61 " " "
"	4	14	"	58 " " "

Die Dauer der Unterstützung soll die alte bleiben. Angesichts dieser Rechnung kann ich nicht begreifen, wie sich unsere Verbandskollegen so über die „nicht von sozialpolitischer Erkenntnis zeugende“ Finanzreform aufregen können. Für prozentual wenige Bruchteile mehr Beiträge dieselben Leistungen! Ich dachte doch, das wäre genug geleistet. Wollen die Mitglieder denn gar nicht auf eventuelle harte Kämpfe bedacht sein? Was nun die Monitas betrifft, daß die höchste Klasse schon bei einem Verdienst von über 18 Mk. anfangen soll, so hat das ja bereits

in Nr. 32 der „Ameise“ genügende Klärung gefunden. Die Mitgliederabstimmungen betreffend habe ich folgendes zu bemerken: Selbstverständlich gilt auch für Vorstandsmitglieder und Generalversammlungsdelegierte, daß „irren menschlich ist.“ Wollen denn aber die betreffenden Genossen behaupten, daß die gesamten Mitglieder mehr Kenntnis der Dinge besitzen als die, welche durch das Vertrauen eben der Mitglieder sich zu solchen Tagungen zusammen finden? Es ist ja bezeichnend für die Mitglieder, daß die Generalversammlung zu solchen Mitteln greifen muß, um zu verhüten, daß sich der ganze Verband dem Fluche der Lächerlichkeit aussetzt, indem die Generalversammlung durch eine Mitgliederabstimmung zur elenden Farce gemacht wird. Und gerade das jetzige Verhalten der Mitglieder beweist mir zur Evidenz, daß der betreffende Beschluß seine Berechtigung hat. Uebrigens! Sollte sich innerhalb einer Periode von Generalversammlung zu Generalversammlung heraus stellen, daß ein Beschluß ein nicht praktischer gewesen ist, die Delegierten sich also geirrt haben, so ist dieser Beschluß doch mindestens des Lebens dieser Periode wert und die nächste Generalversammlung hat es immer in der Hand, diesen Irrtum zu beseitigen, indem sie diesen unglücklichen Beschluß sang- und klanglos zu Grabe trägt. Also auch in diesem Falle ist es nicht so schlimm, mit der „jedem demokratischen Prinzip Hohn sprechenden“ Haltung der Delegierten.

Und nun schließlich die Gehaltsregelung der Verbandsbeamten!

Bekanntlich hatte sich schon die Generalversammlung von 1905 mit dieser viel Staub aufwirbelnden Materie zu befassen. Die vorige Generalversammlung fand nun eine sehr schnelle, für sie allerdings glückliche Lösung dieser Frage, indem sie diese Angelegenheit der nächsten Generalversammlung zur endgültigen Regelung überwies, und es ist deshalb ein Irrtum seitens der Mitglieder, wenn sie behaupten, der Vorstand hätte den Antrag an die Generalversammlung gestellt. Der Vorstand mußte, so gut wie ein jedes Mitglied dies sollte, die Beschlüsse der höchsten Instanz des Verbandes achten, ergo diesen Beschluß mit auf die Tagesordnung stellen. Ich meine nun, daß ein Gehalt von 3000 Mk. (die Höchstgrenze der Beamtengehälter der freien Gewerkschaften) für eine beinahe 25jährige Tätigkeit für den Verband wie dies beim Genossen Wollmann der Fall ist, denn 17 lange Jahre schon leitet er den Verband und 5 Jahre hat er noch zu warten, bis er auf der letzten Sprosse der Gehaltsleiter angelangt ist, keine übermäßig hohe Bezahlung ist. Selbstverständlich brauchen die Beamten bei diesen Löhnen keine Not zu leiden. Aber es kann und darf doch keinesfalls unsere Absicht noch Aufgabe sein, die Praxis der Unternehmer in bezug auf die niedrige Entlohnung „ihrer“ Arbeiter, respektive Beamten bei uns Übung sein zu lassen. Nehmen wir nun einmal an, alle 6 Beamte unseres Verbandes bezögen das Höchst-Gehalt, also 3000 Mk., so daß wir im Jahre 18 000 Mk. für Gehälter aufzubringen hätten, so hätte jedes Mitglied pro Jahr (15 000 Mitglieder gerechnet) 1 Mk. 2 Pfg. zu diesem Zweck aufzubringen. Ich glaube aber schwerlich, daß es jemals zu dieser Summe kommen wird; denn die beiden Hilfsbeamten Tobias und Munt sind nach über 20 Jahren, (wenn sie es erleben) in der glücklichen Lage, 3000 Mk. Gehalt einstecken zu können. Wahrlich! Es liegt mehr Ironie in diesem Beschluß, als daß er geeignet ist, sich darüber aufzuregen. Und nun gar die „rückwirkende Kraft“ dieses Beschlusses! Ich nehme mir heraus, zu erklären, daß die Verbandsbeamten auch dann ihre volle Pflicht dem Verbandsverbande gegenüber getan hätten, wenn die Delegierten beschlossen hätten, daß die drei letzt verfloßenen Jahre nicht anzurechnen sind bei der Festsetzung der Gehaltsstufen und daß die Beamten auch damit zufrieden gewesen wären und nicht einen Krakeel verursacht hätten, wie dies jetzt die Mitglieder tun und zwar deshalb, weil, wie schon einmal gesagt, die Beamten sich verpflichtet fühlen, den Willen des Forums des Verbandes zu respektieren. Wenn man sich nun das Objekt des Streites betrachtet, so muß man finden, daß dasselbe gar nicht so viel Wesens wert ist. Es kommen hier in Frage pro Jahr 500 Mk., in 3 Jahren also 1500 Mk. oder pro Nase in 3 Jahren (die Zahl der Mitglieder immer zu 15 000 gerechnet) sage und schreibe 10 — zehn Reichspfennige. Im übrigen verweise ich zu dieser Angelegenheit auf die Erklärung der Redaktion unter dem Versammlungsbericht von Eisenach in Nr. 29 der „Ameise“. Die Delegierten brauchen sich nach diesen Darlegungen ihrer Beschlüsse nicht zu „schämen“ und die Mitglieder haben keine Ursache, sich zu „entrüsten“ oder gar in die Fußtapfen der Zahlstelle Spandau zu treten und die Kriegstrompete zu blasen und zum Kampf gegen die gefaßten Beschlüsse auf zu rufen und sich unter das Fähnlein des tapferen Generals Altmus-Spandau zu scharen; sondern sie mögen das

dem Vorstande bis jetzt bewiesene Vertrauen auch weiter betätigen. Wenn nun unsere Mitglieder einmal das Bedürfnis haben, die Augen aller modernen Arbeiter der ganzen Welt auf sich gerichtet zu sehen, so wenigstens in dem Sinne, daß sie uns ob unseres Voranschreitens in der Arbeiterbewegung beneiden und uns nach zu eifern bestrebt sind und nicht wie jetzt, daß sie uns mit sehr gemischten Gefühlen zu betrachten alle Ursache haben und so auf das „intelligente Völkchen der Porzelliner“ zeigen.

Im Vertrauen mit dem Vorstande und den Vertrauensleuten muß jeder Verbandsgenosse und jede Genossin als ein rechter Mann an seinem Platze stehen und mitarbeiten an der Erringung eines schönen Daseins. Jeder muß das stolze Bewußtsein in sich tragen, Mitarbeiter zu sein an der großen Kulturarbeit, anstatt um kleinlicher, persönlicher Interessen willen sich abseits in die Büsche zu schlagen und die Hände in den Schoß zu legen oder gar den Pionieren der Kultur die Arbeit zu erschweren. Jeder mit seiner ganzen Tatkraft am Platze, bis jegliches „Zwing-Ur“ fällt und das herrliche Ideal erfüllt ist, welches schon vor hundert Jahren von Johann Gottlieb Fichte mit den schönen Worten gezeichnet ist: „Ein wahrhaftes Reich des Rechts und der Freiheit, gegründet mit der Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt.“ G. Meinhardt-Kahla.

### Zur Abwehr!

Die unerhörten Angriffe und Beleidigungen gegen die Delegierten zwingen auch mich, einige Worte über die letzte Generalversammlung zu äußern.

Zu meinem Bedauern sind es gerade die Zahlstellen, welche mich zur Generalversammlung delegiert hatten, die durch ihre Veröffentlichung in Nr. 31 der Ameise den parlamentarischen Anstand weit überschritten haben. Feststellen will ich, daß mir von diesem eingesandten Versammlungsbericht nichts bekannt war. Eine Resolution wurde nicht gefaßt, sonst hätte ich es für meine unbedingte Pflicht gehalten, gegen die Einsendung dieses Artikels zu protestieren, oder zu versuchen, die Einsendung in dieser Form zu verhindern.

Denn daß derartige Ausdrücke unsere ganze Organisation schwer schädigen, muß wohl jedem ohne weiteres einleuchten. — Doch nun zu den gefaßten Beschlüssen.

Ein großer Teil der Aufregung resultiert aus der Gehaltsaufbesserung unserer Beamten. Wieviel die Mehrbelastung für den Verband pro Jahr ausmacht, werden die Mitglieder bereits in Nr. 32 der Ameise gelesen haben. Ist es nun angebracht, wegen dieser geringen Mehrausgabe sich derart aufzuregen? Haben sich die Delegierten, die diesem Antrag ihre Zustimmung gegeben haben, so sehr gegen die Interessen des Verbandes vergangen? Oder stellte sich ein großer Teil unserer Mitglieder und an erster Stelle Sie, Kollege Ahmus, nicht mit den Prinzipien unserer Partei und Gewerkschaftsbewegung in Widerspruch?

Auf die übrigen Beschlüsse will ich nicht weiter eingehen, dieselben sind bereits von den Genossen Seelmann, Frischmuth, Faßb und dem Vorstand genügend beurundet worden.

Ueber die Sanierung der Klassenverhältnisse möchte ich aber doch noch eine Frage an alle Delegierten richten, die mit mir gegen den Antrag 50 des Vorstandes waren. Wäre es nicht besser gewesen, wenn wir den Antrag 50 angenommen hätten? Mehr wären wir auch nicht beschimpft worden, hätten doch aber wenigstens das Bewußtsein gehabt, einmal ganze Arbeit geleistet zu haben.

Und Sie, Kollege Ahmus, frage ich, arbeiten Sie dadurch, daß Sie versuchen, eine Extra-Generalversammlung zu arrangieren, für oder gegen den Verband?

Jeden der Delegierten bitte ich aber angesichts der unlieblichen Debatten, die unser Verbandsleben so sehr gefährden, ganz gleich, ob sie mit allen den gefaßten Beschlüssen einverstanden sind oder nicht, nunmehr mit aller Energie für die Hochhaltung derselben einzutreten. Es gilt dem Ansehen des Verbandes, und es gilt der Ehre der Delegierten.

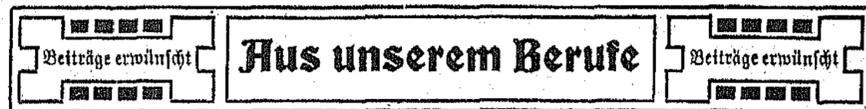
A. Oswald-Königssee.

### Erklärung!

In Nr. 31 der „Ameise“ spricht der Genosse Frischmuth-Stadtilm in seinen Ausführungen zur Generalversammlung über den von der Gaukommission gestellten Antrag, durch welchen der Vorstand für den Gaubezirk ausgeschaltet werden sollte und nur noch die fehlenden Gelder für die Gaukommission besorgen durfte. Die geheimnisvolle Andeutung dieses Antrages beschuldigt die Gaukommission des Hochverrats. Der bezügliche Antrag wollte ein von der Generalversammlung zu genehmigendes Reglement, nach welchem der Gauleitung aus

den Gaueinnahmen ein bestimmter Prozentsatz zur Bestreitung der Agitationskosten überwiesen werden sollte und welches die Funktionen des Gauleiters und der Gaukommission regelt. Solche Reglements haben andere Verbände für ihre Gaue schon seit Jahren geschaffen. Die Weigerung der Zahlstelle, den Vorort wieder anzunehmen, geht aus der Erfahrung hervor, daß ohne ein solches Reglement Konflikte mit dem Vorstand wieder eintreten können. Falls Stadtilm mit der Ehre des Vororts ohne Reglement betraut würde, würde dann auch der Genosse Frischmuth die Unberechtigung seines Angriffes auf die Gaukommission einsehen.

Die frühere Gaukommission. Julius Küffer. Oskar Weigand. Albert Krämer.



**Gotha.** Im Anschluß an die Notiz in letzter Nummer der „Ameise“ wird uns über einen weiteren Klagefall berichtet, der mit einem Vergleich endigend, nicht weniger interessant ist. Diesmal galt es der Firma Morgenroth, die „ihren“ Arbeitern „erlaubte“, wegen Arbeitsmangel nur 17 Mk. die Woche im Afford verdienen zu dürfen. Ein Kollege, der dieses Pensum vor Ablauf der Woche erreicht hatte, wurde von der Firma mit Lohnarbeit beschäftigt. Nichtsdestoweniger weigerte sich die Firma, diesem Kollegen den durch die Lohnarbeit verdienten Betrag heraus zu zahlen. Die Firma stützte sich auf ihre 17 Mk.-Erlaubnis und ihr Vertreter mußte sich erst an anderer Stelle seinen Irrtum berichtigen lassen. — Aber trotz des Arbeitsmangels schrieb die Firma an einen anderen Kollegen, derselbe solle wieder bei ihr zu arbeiten anfangen, da der Betrieb in vollem Gange sei. — Aus diesen Anlässen tun die nach Gotha gehenden Kollegen gut, sich vorher bei der dortigen Zahlstellenverwaltung über die Verhältnisse zu erkundigen.

**Königszell.** Zur Vervollständigung unserer letzten Notiz über die Porzellanfabrik Königszell geben wir noch folgende Zeilen wieder: Ueber das Nachlassen der Konjunktur in der Porzellanindustrie klagt in ihrem Geschäftsbericht pro 1907/08 die Verwaltung der Porzellanfabrik Königszell. Bis Ende März 1908 sei die Gesellschaft noch recht zufriedenstellend beschäftigt gewesen. Bis zu dieser Zeit habe die Gesellschaft gegenüber dem Vorjahre sogar einen etwas größeren Umsatz erzielt, dann aber habe besonders das Exportgeschäft nach Nordamerika so erheblich nachgelassen, daß die Verwaltung sich gezwungen gesehen habe, den Betrieb einzuschränken, um das Lager nicht allzu sehr zu vergrößern. Was nun die Resultate der Porzellanfabrik Königszell angeht, so erzielte die Gesellschaft in 1907/08 einen Fabrikationsgewinn von 340 928 Mk. (342 598). An Zinsen und Dividenden wurden 146 219 Mk. (165 171) vereinnahmt. Darunter sind 143 000 Mk. Dividende = 18 pSt. (i. B. 160 000 Mk. = 20 pSt.) auf 800 000 Mk. im Besitze der Gesellschaft befindliche Aktien der Porzellanfabrik Lorenz Hutschenreuther Akt.-Ges. in Selb. Die Handlungskosten haben sich von 98 253 Mk. auf 102 363 Mk. erhöht. Abgeschrieben werden 63 198 Mk. (57 964). Es verbleibt ein Reingewinn von 296 203 Mk. gegen 328 907 Mk., woraus, wie bereits mitgeteilt, 9 pSt. (11) Dividende gezahlt und 34 874 Mk. (10 010) auf neue Rechnung vorgetragen werden sollen. In der Bilanz erscheinen unter den Aktiven 930 420 Mk. (956 300) Gebäude, 135 571 Mk. (145 716) Maschinen. An Porzellanbeständen waren Ende Juni 1908 391 024 Mk. (349 133) vorhanden. Die Debitoren haben sich von 342 598 Mk. auf 294 994 Mk. ermäßigt. Bankguthaben sind in Höhe von 113 252 Mk. (105 727) vorhanden. Kreditoren hatten 30 210 Mk. (46 387) zu fordern. Ueber die Aussichten sagt die Verwaltung im Berichte nichts.

**Selb.** Uns wird geschrieben: „Eine Firma, die sich in die Höhe arbeitet, ist unstreitig die Firma Heinrich & Co., Porzellanfabrik hier selbst. Wir haben seit längerer Zeit Gelegenheit gehabt, Beschwerden anzubringen; dabei wurde uns gesagt, daß nichts verdient würde. Man sähe es gern, wenn der Arbeiter Geld verdiene usw., aber die Preise auf dem Weltmarkte wären gedrückt. Wenn wir die Artikel nicht machen könnten, wären andere Fabriken bereit, zu den festgesetzten Preisen zu fabrizieren. Die Porzellanfabriken gründeten nun aber den Schutzverband und legten 10 Prozent Aufschlag auf Exportartikel. Die Handelskammerberichte erzählen von steigenden Löhnen in der Porzellanindustrie; fragt man jedoch die Arbeiter, ob sie höhere Löhne erhalten haben, so wird man eine Antwort bekommen, die nicht zugunsten der Handelskammerberichte ausfällt. Wir wissen auch, daß namentlich in der Malerei anderweitig bessere Preise bezahlt werden, als bei der Firma Heinrich & Co. Das Reinigen der Arbeitsräume läßt dort vieles zu wünschen

übrig, namentlich die Aborte. Ferner ist folgender Gebrauch bei dieser Firma zu kritisieren: Nimmt ein Arbeiter die Arbeit auf, so muß er von der Krankenkasse untersucht werden. Das Honorar dafür bezahlt anderwärts das Geschäft, nur die Firma Heinrich & Co. zieht es dem Arbeiter gewissenhaft vom Lohne ab."

**Frankreich.** Von der Aussperrung in Ballauris, über welche wir bereits in Nr. 32 der „Ameise“ berichteten, wurden insgesamt 980 Kollegen und Kolleginnen getroffen. Immer unverhüllt tritt bei den Unternehmern die Absicht zu Tage, die Organisation der Kollegen zertrümmern zu wollen. Namentlich die Dreher und Former sind fast gänzlich organisiert. Sie waren es auch, die durch ihr Beispiel die andern Kollegen für die Organisation gewannen. Schon im vorigen Jahre hatten die dortigen Kollegen mit den Unternehmern einen 47 Tage dauernden Kampf zu führen, der für die Arbeiter insofern günstig endigte als denselben dadurch die Löhne erhöht und die Arbeitsverhältnisse wesentlich verbessert wurden. Bei der Hartnäckigkeit und Energie, mit denen der jetzige Kampf auf beiden Seiten geführt wird, ist an eine baldige Beendigung desselben nicht zu denken. Wir ermahnen darum nochmals alle unsere Kollegen nicht nach Ballauris zu gehen!

## ■ ■ ■ Versammlungs-Berichte etc. ■ ■ ■

**k. Goldlauter.** Die am 12. Juli abgehaltene Versammlung der Zahlstellen Goldlauter und Suhl beschäftigte sich hauptsächlich mit den Beschlüssen der letzten Generalversammlung, über welche unser Delegierter Kollege Brehm aus Stadtlengsfeld Bericht erstattete. Kollege Brehm erledigte sich seiner Aufgabe in vorzüglicher Weise. In der darauf folgenden Diskussion wurde auf das Lebhafteste gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung protestiert und einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung protestiert auf das Entschiedenste gegen die Beschlüsse der letzten Generalversammlung. Wenn auch eine Beitragserhöhung stattfinden mußte (um unsere Kasse lebensfähig zu erhalten), so erscheint uns dieselbe in geschwehener Weise und zur Zeit einer wirtschaftlichen Krise zu hoch. Als ein großer Rückschritt ist die Herabsetzung der Unterstützung zu bezeichnen. Wir können nicht begreifen, wie man diese geringen Beträge noch zu beschneiden mußte. Die Versammlung bewundert den Bewilligungseifer der Delegierten betreffs Gehaltserhöhung des Vorstandes mit rückwirkender Kraft bis 1905; der Vorstand selbst sollte die mißliche Finanzlage des Verbandes berücksichtigen, die man uns doch immer so trefflich vor Augen führte. Ferner erachten wir den Beschluß betreffs Mitgliederabstimmung über die Generalversammlung als eine Vergewaltigung der Mitglieder. War es vielleicht dem Hauptvorstand schon klar, welche Entrüstung dieser Beschluß hervorrief, daß er sich seine Haut auf eine solche Art sicherte? Die Versammlung ist durch die Anträge des Hauptvorstandes zu der Ueberzeugung gekommen, daß derselbe auf ganz kapitalistischen Boden angelangt ist, denn eine Gehaltserhöhung — mit rückwirkender Kraft unter gleichzeitiger Beitragserhöhung und Herabsetzung der Unterstützungen — dies zu erwarten wäre möglich von den sogenannten Herrn Junkern, aber nicht von den Vorständen einer modernen Arbeiterorganisation. Die Angriffe des Hauptvorstandes gegen unseren Gauleiter Hoffmann weist die Versammlung energisch zurück, da sie mit der Tätigkeit des Betroffenen in einer viel günstigeren Weise, als mit der des Hauptvorstandes zufrieden ist. Möge auch letzterer die Taktik des Gauleiters einschlagen und in Zukunft nicht wieder mit solchen Anträgen kommen, denn dieselben werden dem Verband mehr Schaden als Nutzen.“

**e. Großbeitenbach.** In der Versammlung vom 8. August gab der Kassierer Bericht. Die Einnahme betrug 1319,50 Mk., die Ausgabe 2084,— Mk., mithin eine Mehrausgabe von 764,50 Mk. Die Einnahme des 12 pCt.-Fonds betrug mit vorjährigem Bestand 159,29 Mk., die Ausgabe 179,01 Mk., mithin eine Mehrausgabe von 19,72 Mk. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest verzeichnet an Einnahme 189,40 Mk. Ausgabe 168,88 Mk., mithin einen Ueberschuß von 21,02 Mk. Sodann fand eine eingehende Diskussion über unsere Berufsverhältnisse und über die Generalversammlungsbeschlüsse statt. Weil die Kollegen bei der Firma Bühl & Söhne keine Beiträge mehr bezahlen, kam die Differenzangelegenheit dortselbst nochmals eingehend zur Sprache und wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute abend im Rathaus stattfindende Versammlung befaßte sich eingehend mit den bei der Firma H. Bühl & Söhne bestehenden Differenzen und mit dem Verhalten der dort beschäftigten Verbandsmitglieder. Die Versammlung kommt nach langer Besprechung zu dem Schluß, daß der Vorstand bei der Differenz nicht ganz korrekt gehandelt hat und durch sein Verhalten unter den Kollegen eine große Mißstimmung hervorgerufen hat, besonders durch das unaufklärende Verhalten des Hauptvorstandes Wollmann, gelegentlich seiner Anwesenheit in Großbeitenbach. Die Versammlung spricht der Generalversammlung und dem Vorstand ihre Mißbilligung aus, weil sie in kleinlicher Engherzigkeit den Kollegen die Mittel vorenthielten, die ihnen in Anbetracht der Sachlage zukommen mußten. Die Versammlung hofft aber, daß die Kollegen bei der Firma Bühl ihre, seit dem Abschluß an den Tag gelegte Teilnahmslosigkeit fallen lassen und ihre im Verband erworbenen Rechte nicht leichtfertig einbüßen.“ Weiter wurde lebhaft über die Generalversammlungsbeschlüsse diskutiert, insbesondere über den Antrag Spandau. Die Abstimmung ergab: Dem Antrag Spandau, eine außerordentliche Generalversammlung herbeizuführen, betreffend, nicht zuzustimmen und gelangte folgende Resolution zur Annahme:

„Die heutige Versammlung befaßte sich eingehend mit den Beschlüssen der Generalversammlung. Sie erklärt, daß sie mit allen Beschlüssen der Generalversammlung nicht zufrieden und einverstanden ist, sie lehnt es aber ab, sich dem Antrage Spandau anzuschließen. Die Versammlung bedauert es auf das Lebhafteste, daß die Generalversammlung für die Heimarbeiter nichts Positives geschaffen hat, sie erwartet aber vom Vorstand, daß er sein Versprechen einlöst, um in besonderen Fällen mit den Zahlstellen in Verbindung zu treten und den berechtigten Wünschen der Heimarbeiter nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Die Versammlung erwartet ferner vom Vorstand, daß er in Zukunft etwas weniger bürokratisch handelt.“ Hierauf kamen noch örtliche Angelegenheiten zur Sprache und wurde dann die Versammlung geschlossen.

**1. Hermsdorf.** Die heute, am Sonnabend, den 8. August, stattgefundene Zahlstellenversammlung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem Antrage Spandau und wurde hierzu folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die Versammlung erklärt sich mit dem Antrag Spandau nicht einverstanden. Obgleich sie sich nicht mit allen Punkten der Generalversammlungsbeschlüsse einverstanden erklärte, so verurteilt sie doch die maßlose und beleidigende Hege gegen die Delegierten und den Hauptvorstand. Denn durch solche Artikel in der „Ameise“ wird nur Zwiespalt in die Reihen der Mitglieder getragen und den Gegnern nur neues Material in die Hände gegeben.“ Ferner wurde ein Antrag gestellt, dem Antrag Meuselwitz betreffs Mitgliederabstimmung zuzustimmen, welcher ebenfalls abgelehnt wurde. Es wurde noch auf die kolportierten Gerüchte hingewiesen, welche geeignet sind, den Hauptvorstand in der öffentlichen Meinung herab zu setzen und wurde dieses von der Versammlung entschieden verurteilt.

**Neustadt.** Die am 1. August stattgefundene Versammlung war ziemlich gut besucht. Unser Delegierter Rörchner-Coburg erstattete Bericht von der letzten Generalversammlung. Mit den Ausführungen des Delegierten, welche 1½ Stunden in Anspruch nahmen, konnte sich die Versammlung einverstanden erklären, aber nicht mit manchen Beschlüssen. Die Debatte, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, war eine sehr erregte. Besonders scharf wurde dagegen protestiert, daß den Mitgliedern das Recht genommen ist, gegen Beschlüsse der Generalversammlung, Mitgliederabstimmungen zu veranlassen, auch über Beitragserhöhung, bei einem Wochenverdienst von 18 Mk. einen Beitrag von 60 Pf. entrichten zu müssen, und dazu kommt noch die Gehaltserhöhung der Beamten. Das kann doch einem vernünftigen Kollegen nicht einleuchtend sein und diese Delegierten, welche für solche Beschlüsse gestimmt haben, müssen wirklich zur Zeit der Generalversammlung nicht mehr an ihre anderen Kollegen gedacht haben. Es wurde dann folgende Resolution angenommen: „Die stark besuchte Zahlstellenversammlung erklärt sich mit dem oppositionellen Verhalten des Delegierten einverstanden, kann jedoch die Beschlüsse der Generalversammlung nicht billigen, da dieselben gegen unsere demokratischen Prinzipien verstoßen und die Mitgliederrechte bedeutend schmälern. Die Versammlung stellt deshalb den Bruderzahlstellen anheim, zur nächsten Generalversammlung nur solche Delegierte zu wählen, die die Wünsche der Kollegen besser berücksichtigen.“

**p. Rohlau.** Die Zahlstellenversammlung vom 8. August beschäftigte sich unter anderm mit dem Antrage der Zahlstelle Spandau, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen. Dieser Antrag wurde einstimmig abgelehnt, weil nicht die mindeste Garantie dafür besteht, daß eine außerordentliche Generalversammlung nicht noch „unglückseligere“ Beschlüsse faßt als die letzte ordentliche. In der Versammlung kam ferner zum Ausdruck, daß es ein unveräußerliches Recht der Mitglieder ist, an den Beschlüssen der Generalversammlungen und dem Verhalten der Delegierten und des Hauptvorstandes Kritik zu üben, dagegen ist die Form der Kritik, die einige Zahlstellen gewählt haben, organisierter Arbeiter unwürdig. Das ist nicht mehr eine sachliche Kritik, die allein zulässig ist, sondern eine unverschämte Beschimpfung der Delegierten und der Vorstandsbeamten. Das muß bei allen einsichtigen Mitgliedern den schärfsten Protest auslösen.

**b. Spandau.** Resolution: Die Zahlstellenversammlung vom 8. August nimmt entrüstet Kenntnis von dem Artikel der „Ameise“ vom 7. d. Mts., gezeichnet Faak, und protestiert auf das Schärfste gegen derartige Anwürfe gegen Mitglieder der hiesigen Zahlstelle. Ein unerhörter Skandal ist es, alte Kollegen, die im gewerkschaftlichen und politischen Leben vielleicht länger tätig sind, als der Genosse Faak alt ist, als sinnlose und unfähige Wirkköpfe hinzustellen. Auch wir nehmen für uns das Recht in Anspruch, an den Beschlüssen der Generalversammlung Kritik zu üben, wie es uns beliebt. Ferner protestiert die Versammlung auf das Energetischste gegen die Unterstellung des Genossen Faak, als wäre unser Vorsitzender, Genosse Ahmus, der Delegierter der Generalversammlung war, Antragsteller der von der Zahlstelle Spandau geforderten außerordentlichen Generalversammlung. Derselbe hat dieselbe nicht beantragt, sondern nur als Vorsitzender in Gemeinschaft mit den übrigen Verwaltungsmitgliedern die Beschlüsse der Zahlstellenversammlung ausgeführt und die Anträge zur Veröffentlichung in der „Ameise“ eingeschickt. Die Zahlstellenversammlung verlangt, daß Genosse Faak seine Beschuldigung gegen den Genossen Ahmus zurück nimmt. Ferner lehnt es die Versammlung ab, sich vom Genossen Faak schulmeistern zu lassen, da sie noch allein über soviel geistige Fähigkeit verfügt, um sich ein Urteil über ihre Beschlüsse bilden zu können.“

**p. Circhenreuth.** Am 2. August tagte eine sehr schlecht besuchte Zahlstellenversammlung, die sich hauptsächlich mit dem Kartellberichte befaßte und mit der Frage, ob die Agitationskommission weiter bestehen soll oder nicht. Die Versammlung entschied sich für die Beibehaltung der Agitationskommission und soll daher mit Markt-Redwitz wieder in Verbindung getreten werden, damit von dort aus die Sache weiter verfolgt wird. Die hiesige Zahlstelle sagt sich, wenn auch die Agitation nicht in der erhofften Weise von seiten der Kommissionen betrieben wurde, daß sie aber doch nicht ohne allen Erfolg gewesen sind. Sie führte die Kollegen näher zusammen, man wirkte auf einander ein, um in der Agitation nicht zu erlahmen. Man wirkte auch aufklärend über die gegenseitigen Verhältnisse. Es wird doch für Tarifverträge geschwärmt. Können da unsere Agitationskommissionen nicht auch Mitarbeit leisten? Zum Schluß wurden noch die Versammlungsschwänzer

einer Kritik unterzogen. Es sei geradezu verwerflich, wenn es Mitglieder gebe, die es nicht der Mühe wert finden, im Jahre nur einmal die Versammlung zu besuchen. Wenn jedes Mitglied auf diesem Standpunkt stehen würde, dann wäre alles Verbandsleben verschwunden. Wenn manche als Entschuldigung angeben, es würde in den Versammlungen zu viel geschwafelt, so sei denen erwidert, auch dort, wo sie im Kreise ihrer Freunde sitzen, werden nicht immer geistvolle Unterhaltungen stattfinden. Wenn viele erklären, es wird doch nichts erreicht, so ist dieses Argument von einer erheblichen Kurzsichtigkeit diktiert. Wenn jeder seine Schuldigkeit tut, dann wird wohl auch manches erreicht werden. Zur Krisenzeit sollte der Zusammenschluß noch ein besserer sein. Die Lage unserer Organisation gebe viel Stoff, aber gerade darüber mag man sich nicht unterhalten. Mit lebhaftem Pfut wurde die Mitteilung entgegen genommen, daß sich eine Anzahl Mitglieder streichen ließen. Es sind dieses solche, die sich im Laufe dieses Jahres oder vorigen Jahres aufnehmen ließen. Sie glaubten, es werde nun sofort eine große Lohnbewegung eingeleitet. Als dieses nicht möglich war, kehrten sie uns sofort den Rücken. Es ist doch wirklich unerhört, daß diese Leute meinen, wenn sie einige Monatsbeiträge bezahlt haben, dann müsse sofort in den Kampf getreten werden. Sie sind eben der Meinung, diejenigen Mitglieder, die jahrzehntelang ihre Opfer gebracht haben, müssen nun auf alle Fälle für sie auf die Schanzen steigen. Wunderbar kommt durch solche Nachkollegen und Kolleginnen ihre Meinung über eine Organisation zum Ausdruck, wenn sie vor ihrer Aufnahme geäußert haben sollen, jetzt gehen wir dazu, wenn dann etwas durch gesetzt ist, dann sch... wir ihnen was. Wer sich mit diesem Vorhaben organisieren läßt, der tut besser er unterläßt es.

**b. Waldenburg.** Die am 8. August abgehaltene ziemlich gut besuchte Zahlstellenversammlung beschäftigte sich in erster Linie mit dem Rundschreiben der Zahlstelle Spandau, zwecks Abhaltung einer außerordentlichen Generalversammlung. Die von der Zahlstelle Spandau als unglücklich bezeichneten, in Nr. 31 der „Ameise“ veröffentlichten Beschlüsse, die Anlaß zu einer neuen Generalversammlung geben sollen, wurden von dem Delegierten eingehend erläutert. Derselbe wies nach, daß in Anbetracht unserer Organisationsverhältnisse andere Beschlüsse überhaupt nicht gefaßt werden konnten. Nach längerer Diskussion, in der einzelne Beschlüsse von einigen Mitgliedern nicht für besonders gut geheißen wurden, fand nachstehende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute in der Stadtbrauerei tagende Zahlstellenversammlung protestiert energisch gegen die organisations- und agitationschädliche Schreibweise in der „Ameise“, die den Vorstand, sowie die Delegierten der letzten Generalversammlung in den Augen der Mitglieder herabsetzt. Die Versammlung ist der Ansicht, daß eine solche maßlose Kritik für ein Gewerkschafts-Blatt unwürdig ist und unsern Verband in die äußerste Gefahr bringen kann. Die Zahlstelle Waldenburg fordert daher im Interesse unserer Organisation alle einsichtigen Mitglieder auf, dieser Maulwurfsarbeit ein energisches Halt entgegen zu rufen. Sollte wirklich ein Mitgliederverlust eintreten, so ist das weniger auf die Beschlüsse der letzten Generalversammlung, als auf die gehässige Schreibweise in der „Ameise“ sowie auf die Gegenagitation einzelner Mitglieder in den Zahlstellen zurück zu führen.“ Den Rassenbericht erstattete Kollege Seidel pro 2. Quartal 1908. Einnahme 1105,48 Mk., Ausgabe 1041,93 Mk., bleibt Bestand 63,55 Mk. Den Kartellbericht erstattete Kollege Kranz und fanden die vom Kartell gefaßten Beschlüsse allgemeine Zustimmung. Einen weiteren Punkt der Verhandlung bildete die Defektfrage, die in letzter Zeit in der Weise einen schärferen Umfang angenommen hat, daß Defekt über 4 Cpt. doppelt bezahlt werden muß. Zum Beispiel wurde bei Garnierern 8 und 9 Mt. in Anrechnung gebracht. Lebhaftige Klage wurde geführt über das Vorgehen des Oberdrehers Ketter. Von näheren Einzelheiten soll vorläufig abgesehen werden, sollte aber betreffender Ober so weiter fahren, so wären wir gezwungen, dieses Vorgehen einmal einer öffentlichen Kritik zu unterziehen. Betreffs des Defektabzuges wurde beschlossen, geeignete Schritte zu unternehmen.

## Adressen-Henderungen

**Bunzlau.** Genosse Urbanek wohnt Görlitzer Str. 5.  
**Nieder-Salzbrunn.** Kff. Max Schubert Dreher, Sorgau 12 b.  
**St.-Georgen.** Wf. Christian Lauble, Maler, Klosterbergstr. 465.  
 — Schf. Georg Kling, Brenner, Schrambergstr. — Kff. Salomon Stockburger, Maler, Roßbergstr. 367.  
**Suhl.** Wf. Wilhelm Albrecht, in Albrechts, Dorfstr. 34.

## Versammlungs-Anzeigen

**Ahlen.** Sonnabend, 1/2 9 Uhr 29. August, im Vereinslokal.  
**Altwallen.** Sonnabend, 29. August, 8 Uhr, im „Deutschen Kaiser“.  
**Bayreuth.** Sonnabend, 22. August, 8 Uhr, bei Scheurer, Wiesenstr. 12. Agitation, Rassenbericht usw.  
**Berlin.** Sonnabend, 22. August, 8 1/2 Uhr, Sitzung der Kunstgewerblichen Branche bei Wollschläger, Abalbertstr. 21. Vortrag.  
**Essen.** Donnerstag, 10. September, 9 Uhr, im Lokal Rauen, Schaafenstr. 1-3, „Wissenschaftlicher Vortrag.“  
**Dresden.** Sonnabend, 22. August, 8 1/2 Uhr, im „Volkshaus“ kleiner Saal. Tagesordnung: Punkt 1: Die vereinigten Lohnzahlungssysteme, unter besonderer Berücksichtigung der Minimallohne. Referent Arbeitersekretär Genosse Menke. 2. Allgemeines.  
**Düsseldorf.** Sonnabend, 22. August, im Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 8, abends 8 1/2 Uhr.  
**Gräfenhain.** Sonnabend, 22. August 8 1/2 im Schießhaus.  
**Leipzig.** Sonnabend, 22. August, im Volkshaus. 1. Vortrag: Die bestehende Krise, ihre Ursachen und Wirkung. 2. Diskussion über die Zusage der Zahlstelle Spandau.  
**Neubaus.** b. Sonneberg. Montag, 24. August, 7 1/2 Uhr, bei Bernhard Bauersachs. Sämtliche Bibliotheksbücher sind abzuliefern.

**Nürnberg.** Sonnabend, 22. August, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus Neue Gasse 13. Bibliotheksbücher abgeben.  
**Rheinsberg.** Sonnabend, 22. August, 8 1/2 Uhr, im Vereinslokal.  
**Schwarzenbach.** Sonnabend, 22. August, 8 Uhr, bei Erh. Köppel.  
**Suhl.** Sonnabend, 6. September, nachmittag, 3 Uhr, in Albrechts bei Gastwirt Hilsenberg.  
**Tettau.** Sonntag, 23. August.  
**Uegejack.** Sonnabend, 5. September 8 1/2 Uhr, bei Oberbeck.  
**Weiden.** Sonnabend, 22. August, 8 Uhr, im Vereinslokal „Neue Welt“.

## Anzeigen

**Plaue.** Die Zahlstelle der Porzellanarbeiter feiert am Sonntag, den 23. August, ihr diesjähriges Gartenfest, wozu die umliegenden Zahlstellen freundlichst eingeladen sind. Programm: Nachmittags 3 Uhr ab: Konzert, Gesangsvorträge, Blumenverlosung, Scheibenschießen, Ballwerfen und Kinderbelustigung. Abends 8 1/2 Uhr großer Lampionsumzug der Kinder im Riedgarten.

**Erfurt.** Kollegen, gleichviel welcher Branche, welche gesonnen sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich zuvor bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen.

**15. Agitationsbezirk.** (Vorort Selb). Sonntag, 23. August, in Rehau Restaurant Anton Rothe-mund, Geberstraße 4, Vertrauensmänner-Konferenz. Anfang 11 Uhr; Tagesordnung: 1. Bericht des Vorortes und der Vertrauensleute. 2. Agitation. 3. Verschiedenes. Die Berichte der Vertrauensmänner sind schriftlich mit zu bringen. Vollzähliges Erscheinen erwartet der Vorstehende.

**Stiftungsfest!** Die Zahlstelle Markt-Redwitz feiert am 23. August ihr 10 jähriges Stiftungsfest, wozu die umliegenden Zahlstellen freundlichst willkommen sind. Programm: Nachmittags 2 Uhr ab: Konzert, Gesangsvorträge im Glasfischen Garten. Abends Ball im Hotel Kaiserhof.

Arbeitsgejuche u. Arbeitsangebote kostenlos	<b>Arbeitsmarkt</b>	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

**Berlin.** Wir machen darauf aufmerksam, daß zur Zeit die Arbeitslosigkeit hier am Ort stark in Erscheinung tritt, und wolle man deshalb sich stets nur an den Arbeitsnachweis, Berlin SO 26, Naunynstr. 841 wenden.

**Schriftenmaler,** firm in Grab-, Firmen- und Emaille-Schilder, sucht baldigst Stellung. Offerten unter A. G. an die „Ameise“ erbeten.

**Maler,** bewandert auf Kohlentasten und Ofenschirme, sowie ein Maler für Abteilung Emaille in aufgelegten Dekors sofort für Ausland gegen hohen Lohn und freier Reise gesucht. Gesl. Angebote an H. Haupt, Kopenhagen D., Ughusgade 48.

**Maler,** welcher in Militär-Sachen bewandert ist, oder im Kolorieren und Schrift Sauberes leistet, baldigst gesucht. Offerten unter N. N. 100 an die „Ameise“ erbeten.

**Emaille-Schriftenmaler,** tüchtig in Farb- und Relief-Schrift findet sofort dauernde Stellung. Gesl. Offerten mit Lohnangabe nebst Skizze an die Red. der „Ameise“ unter B. G.

Preis der 2 gespaltenen Heftzelle 80 Pfennig	<b>Geschäfts-Anzeigen</b>	Vorauszahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-----------------------------

**Goldschmiere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw.** werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mt. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 6.**

**Goldschmiere, verdicktes Glanzgold und sonstige goldhaltigen Sachen** kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eisenberg S.-A. Aeltestes Geschäft dieser Art.**

**Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen.** Machen Sie einen Versuch und senden Sie Ihre Goldschmiere usw., andere Sachen an **Martin Kaufmann, Zwickau i. Sa.** Grimmitzauerstr. 13. Höchste Preise. Schnelle Bedienung.

**Goldschmiere und alle goldhaltigen Sachen** kauft zu höchsten Preisen bei streng reeller Bedienung (Preisliste frei) **Otto Seifert, Zwickau in Sachsen, Osterweihstr. 32.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen Red. u. Verlag: Friß Stetsch, Charlottenburg, Charlottenburger Ufer 56 Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.